
Protokoll der Delegiertenversammlung vom 8. Mai 1999 in Genf

Tagespräsident: David Hiler

Dauer: 13.00 - 18.10 Uhr

1. Begrüssung

Tagespräsident David Hiler begrüsst die Anwesenden. Er entschuldigt Andrea Fischer, die grüne Gesundheitsministerin, die ihren Besuch ganz kurzfristig absagen musste. Anstelle des erkrankten grünen Regierungsrates Robert Cramer begrüsst Kantonsrätin Anne Briol die Delegierten. Sie berichtet von den äusserst erfolgreich verlaufenen Gemeindewahlen, bei denen die Grünen 12 Sitze hinzugewinnen konnten. Zudem wurde Alain Vaissade wieder in die Stadtregerung von Genf gewählt.

Ruedi Baumann analysiert die aktuelle politische Situation in unserem Land (Nein-Sager-Politik der SVP, die häufig auch in Opposition zur Regierungsposition steht; schwierige Position der Grünen für den Herbst, wie die kantonalen Wahlen in Zürich und Luzern zeigen). Der Parteipräsident gibt aber auch seiner Hoffnung Ausdruck, dass nach den nächsten Wahlen eine Koalition der Vernunft die anstehenden Probleme unseres Landes konstruktiv und engagiert angehen wird. Ziel der Grünen Partei ist es, mindestens zwei bis drei zusätzliche Sitze zu machen. Dies bedingt einen engagierten Wahlkampf auf der Basis einer soliden Wahlplattform.

Erica Hennequin verlangt in ihrer persönlichen Stellungnahme zum Kosovo-Krieg die Einstellung aller kriegerischen Handlungen auf beiden Seiten. Sie fordert die Schweiz auf, initiativ zu werden, die Rückschaffung der Flüchtlinge zu stoppen, die eintreffenden Flüchtlinge hier zu empfangen und nichts unversucht zu lassen, den Krieg zu stoppen.

2. Statutarisches

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober 1998 in Montreux wird mit einer kleinen Änderung genehmigt. Der letzte Satz im dritten Absatz des zweiten Traktandums «Nach zwei Voten, die sich kritisch mit der Nähe von GrünEn & Solidarität zu linken und gewerkschaftlichen Kreisen auseinandersetzen, werden die Frei-

burger mit Applaus in der Grünen Partei Schweiz willkommen geheissen.» wird ersetzt durch: «Auf die Präsentation der GrünEn & Solidarität reagieren zwei Votanten mit dem Hinweis auf Artikel 3 der Statuten der grünen Partei, in dem die Unabhängigkeit der Grünen sowohl gegen rechts, als auch gegen links betont wird. Danach werden die Freiburger mit Applaus....».

Eine der OrganisatorInnen der Delegiertenversammlung vom 9. September 1999 in Baden, Iris Luykx, erklärt, es sei die Absicht der Badener, eine DV zu organisieren, die gegen innen und aussen Ausstrahlung und Wirkung zeigt. Sie bittet die Kantonalparteien, ihr Wahlmaterial für den Herbst nach Baden zu schicken.

3. Wahlplattform «Für eine zukunftsfähige Schweiz»

Ruedi Baumann weist in seinem Einleitungsvotum darauf hin, dass die Wahlplattform auf den bereits verabschiedeten grünen Positionspapieren basiert. Die Wahlplattform fasst den Stand der demokratisch ermittelten Meinung der Grünen zusammen und dient als Ausgangsposition für die kommenden Wahlen. Er appelliert an die Toleranz der Delegierten und plädiert für die Verabschiedung der Plattform noch an dieser DV. Er teilt auch mit, dass viele der eingegangenen Ergänzungsanträge von der Geschäftsleitung zur Annahme empfohlen werden.

Titel

Les Verts, Ecologie et Liberté, NE: Änderung Titel
Französische Version: «Pour un développement durable» anstelle «avenir durable».

Die Kompetenz bezüglich der adäquaten Übersetzung von «zukunftsfähig» wird an die «Coordination romande» delegiert.

1. Seite

Grüne Partei Bern, unterstützt durch Grüne Genf: Einleitungstext (neu)

«Die Grünen sind in den letzten Jahren zu einer weltweiten, immer stärkeren Bewegung geworden, weil das westliche Wirtschaftsmodell basierend auf ständigem Wachstum, Ressourcenverschleiss und Ausbeutung der Benachteiligten die ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen fortlaufend zerstört und damit die Zukunft des Planeten Erde bedroht. Grüne erstreben eine Wirtschaft, welche die elementaren materiellen Bedürfnisse möglichst aller Menschen erfüllt ohne dabei die Natur zu zerstören.

Gerade in einer Zeit des sich global ausbreitenden hemmungslos profitorientierten Neoliberalismus braucht es mit den Grünen ein starkes Gegengewicht zur Verteidigung der immateriellen Anliegen: Der Einsatz für den Schutz der Natur, der Tier- und Pflanzenwelt, der noch intakten Landschaften, der Luft und des Wassers

sind für die Grünen ebenso wichtig wie der Einsatz für Menschenrechte, BürgerInnenrechte und für die Verminderung der Unterschiede zwischen arm und reich.

Grüne versuchen visionäres Denken mit der alltäglichen Arbeit auf den verschiedensten Ebenen zu verbinden und bieten allen, die sich irgendwo für positive Entwicklungen einsetzen, Stimme und Gehör in der Politik. Grüne denken über die nächsten Wahlen hinaus und behalten auch bei momentanen Rückschlägen Lebenslust und Fröhlichkeit.

Denn grün ist die Farbe der Zukunft!»

Abgelehnt werden der Antrag der Grünen Partei Bern und der Vorschlag von Anne Briol, die den (folgenden) GFL-Text mit zwei Absätzen des GPB-Textes ergänzen wollte.

Grüne Freie Liste Bern: Einleitungstext (neu)

«Die Grünen freuen sich, eine Programmplattform für eine ökologische, soziale und weltoffene – kurz eine zukunftsfähige Schweiz zu präsentieren.

In Verantwortung gegenüber künftigen Generationen setzen wir uns ein für die Erhaltung der Lebensgrundlagen, für die Menschenrechte und für die Verminderung der Unterschiede zwischen arm und reich.

Global denken – in der Schweiz handeln: für ein langfristig orientiertes Parlament 99»

Mit grosser Mehrheit angenommen wird dieser Antrag der Grünen Freien Liste Bern.

Grüne Freie Liste Bern: Umstellung von zwei Sätzen:

«Im Zentrum steht die ökologische Steuerreform, die den Energieverbrauch senkt und Arbeitsplätze schafft. Der Ausstieg aus der Atomenergie, Klimaschutz, Umlagerung des Schwerverkehrs...»

Begründung: Entflechtung von ökologischer Steuerreform und Atomausstieg.

Der Antrag der Grünen Freien Liste Bern wird mit 27 Ja zu 19 angenommen.

Grüne Partei Bern: Ergänzung zu «Umweltoffensive»

«...den Ausstieg aus der Atomenergie bis spätestens im Jahre 2010 ermöglicht und....»

Da die Betriebszeit der AKWs 30 Jahre beträgt, wäre das letzte AKW bis im Jahre 2014 in Betrieb. Der Antrag wird, mit angepasster Jahrzahl, von einer grossen Mehrheit angenommen.

Les Verts genevois: Änderung zweiter Absatz:

Streichen: «Mit einer solchen Offensive geben wir dem Süden und den kommenden Generationen die gleichen Chancen, wie wir sie heute haben.»

Ersetzen durch: «Ein solches Engagement ist unerlässlich, um der Bevölkerung des Südens und den kommenden Generationen annehmbare Lebensbedingungen zu ermöglichen.»

Der Antrag wird mit grosser Mehrheit angenommen.

Les Verts vaudois: Anfügen eines zusätzlichen Abschnittes zur Wirtschaft:

«Nachhaltige Entwicklung dank einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik: Wir wollen, dass die Verantwortlichen der wirtschaftlichen Entwicklung eine volle Transparenz zeigen bezüglich ökologischen, sozialen, ökonomischen und finanziellen Konsequenzen. Jede Innovation im wirtschaftlichen Bereich muss gleichzeitig auf diese vier Aspekte hin geprüft werden. Die Internalisierung der externen Kosten der wirtschaftlichen Aktivitäten ist unabdingbar für diese Transparenz.»

Der Antrag wird mit 30 zu 24 Stimmen abgelehnt.

Les Verts genevois: Anfügen eines zusätzlichen Abschnitts, der die - veränderten - fünf Kriterien der Grünen enthält (Quelle: Programmplattform 1991):

«**1. Langfristigkeit:** Jede politische Entscheidung muss auf ihre langfristigen Folgen auf das ökologische Gleichgewicht und auf die Zukunft der menschlichen Gesellschaft überprüft werden.

2. Qualität: Eine Weiterführung des quantitativen Wachstums ist langfristig unmöglich, soweit sie auf der beschleunigten Ausbeutung von nicht-erneuerbaren oder nur in begrenzter Menge verfügbarer Ressourcen beruht. denn es beruht auf begrenzten Ressourcen in einem begrenzten System. Die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft muss sich deshalb an qualitativen statt quantitativen Verbesserungen orientieren.

3. Solidarität: Unser Solidarität verstehen wir den dauernden Einbezug der gegenseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Lebewesen, den verschiedenen Gesellschaftsformen und, innerhalb einer Gesellschaft, zwischen den verschiedenen Gruppen und Individuen.

4. Dezentralisierung: Dieses Anliegen steht für uns bei allen Machtstrukturen im Zentrum. Die Grünen wollen, dass alle Verantwortlichkeiten auf möglichst tiefer Ebene wahrgenommen werden können. Die Intervention des Staates muss sich auf Bereiche oder Aktivitäten beschränken, in denen eine Harmonisierung im Interesse des Allgemeinwohls notwendig ist

5. Vielfalt: Wir betrachten die Vielfalt der Lebewesen und Arten als den Reichtum einer komplexen Natur. Parallel dazu stellt die kulturelle Vielfalt den Reichtum der Menschheit dar. Der Schutz dieser natürlichen und kulturellen Vielfalt ist ein dauernder Kampf gegen die blinde Ausbeutung der Natur und gegen die Uniformierungstendenzen, welche die in unserer Gesellschaft heute dominierende Technokratie auszeichnet. Die Vielfalt der Wünsche ist ein wichtiger Faktor des Überlebens und der Stabilität der Gesellschaft. Es ist eine eminent wichtige Aufgabe, auf ihre Erhaltung hinzuwirken.»

Der Antrag wird mit grosser Mehrheit angenommen.

Grüne Partei Bern: Umgekehrte Reihenfolge auf Seite 1:

1. Einleitung, 2. Umwelt, 3. Soziales, 4. Offene Schweiz

Eine Mehrheit der Delegierten spricht sich für den Antrag aus.

Mit dem Beitritt zur EU und zur UNO Verantwortung übernehmen und dort mitbestimmen, wo Entscheide gefällt werden

Grüne Partei Bern: Ergänzung der Überschrift

«Mit Beitrittsverhandlungen zur EU...»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

Grüne Partei Bern: Änderung 3. Abschnitt:

Streichen: «So kann die Schweizer Bevölkerung in absehbarer Zeit über einen Beitritt entscheiden. Gleichzeitig muss ein EU-Beitritt...»

Ersetzen durch: «Nach deren Ergebnis soll über einen allfälligen Beitritt entschieden werden. Gleichzeitig muss ein allfälliger EU-Beitritt...»

Der Antrag wird von einer grossen Mehrheit angenommen

Grüne Freie Liste Bern: Ergänzung in Form eines 4. Abschnittes:

«Bilaterale Verträge Schweiz EU: hier fordern die Grünen griffige flankierende Massnahmen zu den Abkommen Land- und Personenverkehr (siehe auch das Kapitel Verkehr).»

Dafür folgendes Stichwort streichen: «..., griffige flankierende Massnahmen zu den Dossiers «Landverkehr» und «Personenfreizügigkeit» bei den bilateralen Verhandlungen.»

Begründung: Die Wichtigkeit der Verträge erfordert einen eigenen Abschnitt.

Der Antrag wird von einer grossen Mehrheit der Delegierten angenommen.

Mit der ökologischen Steuerreform den Energieverbrauch senken, aus der Atomenergie aussteigen und Arbeitsplätze schaffen

Grüne Partei Bern: Ergänzung 3. Absatz

«...Ausstieg aus der Atomenergie bis spätestens im Jahr 2010».

Mit der Änderung der Jahrzahl (2014) wird der Antrag gutgeheissen.

Les Verts, Ecologie et Liberté, NE: Änderung 2. Absatz französische Version:

«Les recettes de cette taxe énergétique doivent financer partiellement voire complètement les assurances sociales.»

Der Antrag wird mit grossem Mehr angenommen.

Für eine gerechte Verteilung der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit

Les Verts genevois: Ergänzung 2. Absatz

«Heute wird diese, meist unbezahlt, hauptsächlich von Frauen geleistet.»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten angenommen.

Les Verts genevois: Ergänzung Anfang 3. Absatz:

«Die soziale Existenz basiert nicht nur auf bezahlter Arbeit. Deshalb muss die Existenzsicherung...»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten angenommen.

Les Verts genevois: Streichen im 3. Absatz:

«...Mit Ergänzungsleistungen und längerfristig einem garantierten Existenzminimum ~~durch eine negative Einkommenssteuer...~~»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten angenommen. Man ist sich darüber einig, dass das Modell der negativen Einkommenssteuer sehr komplex ist und deshalb der Hinweis darauf nicht so kommentarlos an dieser Stelle stehen sollte.

Grüne Frauen und Männer machen halbe-halbe

Les Verts genevois: Streichen im 3. Absatz:

«Wenn mehr Frauen mehr Macht haben sollen, werden Männer weniger Pflichten und Macht haben können.»

Eine Mehrheit der Delegierten ist für Streichung dieses Satzes.

Les Verts, Ecologie et Liberté, NE: Änderung 2. und 3. Satz im 3. Abschnitt:

Besser formulieren.

Dieser Antrag hat sich mit der Annahme des vorangegangenen Antrags erledigt.

Les Verts genevois: Streichen im 3. Absatz:

«Tageschulen und ausserhäusliche Kinderbetreuung erleichtern die Vereinbarkeit der unbezahlten und bezahlten Arbeitsbereiche.»

Der Antrag wird zurückgezogen. Für den Begriff «Tageschulen» muss eine korrekte französische Übersetzung gefunden werden. Allerdings fehlt nicht nur ein Begriff, auch die Institution «Tageschule» ist in der Romandie kaum bekannt.

Les Verts genevois: Streichen folgender Stichworte:

- Förderung von Tageschulen und ausserhäuslicher Kinderbetreuung
- allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit
- zivilstandsunabhängiger Aufenthaltsstatus für AusländerInnen (ist bereits im folgenden Kapitel aufgeführt)
- Berücksichtigung von frauenspezifischen Fluchtgründen bei Asylgesuchen (dito)
- Schaffung einer Zentralstelle für Frauengesundheit beim Bund
- kein Zugriff auf die Eizelle

- Berücksichtigung «Gender-and-Development»-Ansatz als Grundlage für Entwicklungszusammenarbeit.

Der Antrag wird so abgeändert und angenommen, dass lediglich Wiederholungen gestrichen werden.

Les Verts, Ecologie et Liberté, NE: Änderung

Stichwort «Ehemöglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare»:

Ersetzen «Ehemöglichkeit» durch «Möglichkeit zur registrierten Partnerschaft»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

Integrieren statt Ausgrenzen: Für eine menschliche Asyl- und Migrationspolitik

Les Verts genevois: Ergänzung im zweiten Absatz:

«Insbesondere erwarten wir eine grosszügige Aufnahme von Kriegsopfern aus Kosova und eine Solidarität mit der Gemeinschaft der ArbeiterInnen, die seit langer Zeit in unserem Land leben.»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten angenommen.

Grüne Partei Bern: Ergänzung am Schluss des 2. Absatzes:

«Die Realisierung der Personenfreizügigkeit mit der EU darf nicht eine zusätzliche Diskriminierung von EinwanderInnen aus Ländern ausserhalb der EU zur Folge haben.»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten angenommen.

Les Verts genevois: Ergänzung am Schluss des 3. Absatzes:

«Die Grünen verurteilen die Politik der zwei Kreise, die aus der Politik der drei Kreise entwickelt hat, deutlich.»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten angenommen.

Mehr öffentlicher Verkehr, mehr kombinierte Mobilität, weniger Umweltbelastung

Hinweis zur französischen Version: Im Titel sollte es «mobilité combinée» anstelle «mobilité modérée» heissen.

Les Verts genevois: Ergänzen im 2. Absatz:

«Die Grünen setzen sich für die Weiterentwicklung des Regionalzugnetzes ein. Für die feinere Erschliessung...»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten angenommen.

Grüne Partei Bern: Änderung Ende 3. Absatz

Streichen:

«Die von den Grünen befürwortete NEAT wird dies unterstützen. Der Landverkehrsvertrag mit der EU muss mit griffigen innenpolitischen Massnahmen flankiert werden.»

Ersetzen durch: «Der Landverkehrsvertrag mit der EU darf nur ratifiziert werden, wenn die ungeschmälernte Einhaltung der Alpeninitiative gewährleistet ist.»

Nach längerer Diskussion modifiziert die Grüne Partei Bern ihren Antrag insofern, als der erste Satz der ursprünglichen Version bleibt, der zweite Satz ersetzt wird durch den von der GPB vorgeschlagenen Satz. Der modifizierte Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

Les Verts, Ecologie et Liberté, NE: Änderung/Streichung im Titel «Vorrang für den öffentlichen Verkehr, ~~mehr kombinierte Mobilität~~, weniger Umweltbelastung.»

Begründung: Mobilität ist keine grüne Priorität.

Übersetzungsproblem und daraus entstandenes Missverständnis! (s. ersten Punkt dieses Kapitels).

Biologische Landwirtschaft statt Gentech-Food auf dem Teller

Les Verts, Ecologie et Liberté, NE: Änderung Titel

Ersetzen von «biologisch» durch «ökologisch»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

Les Verts, Ecologie et Liberté, NE: Stichwort streichen:

«..., keine Direktzahlungen ohne verbindliche ökologische Auflagen, ...»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

Les Verts, Ecologie et Liberté, NE: «Wir sind initiativ» streichen:

«Parlamentarische Initiative Hans Meier: Alle Nutztiere ins Freiland»

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

Cannabis-Produkte legalisieren, harte Drogen kontrolliert abgeben und damit Elend, Drogenkriminalität und Mafiagewinne beseitigen

Keine Anträge.

Mit weniger Kantonen für mehr Demokratie, mehr Steuergerechtigkeit und weniger «Kantönligeist»

Hinweis zur französischen Version: Angepasste Formulierung

Nous prenons l'initiative: «Les Verts examinent la possibilité de lancer une initiative...»

Adrian Schmid berichtet an dieser Stelle über den Stand der Arbeiten. Er erinnert an die letzte DV, an der mit dem einstimmig ange-

nommenen Antrag Hans Eigenmann die Arbeitsgruppe mit verschiedenen Aufgaben betraut wurde. Die Arbeitsgruppe erhielt erstens die Aufgabe, eine Analyse der bestehenden staatlichen Strukturen vorzunehmen. Dafür verantwortlich ist Reto Müller, Politologiestudent und zur Zeit Praktikant auf dem Sekretariat der Grünen Schweiz. An den AG-Treffen vom 19.5. und 2.6, zu denen alle Interessierten eingeladen sind, wird diese Analyse erarbeitet. An einem späteren Termin wird die gewünschte Tagung durchgeführt.

Nach diesen Informationen befinden die Delegierten über die Streichungsanträge der Genfer und Neuenburger. Das Projekt wird teilweise als verfrüht, nicht kompatibel mit den grünen Grundsätzen (Dezentralismus), zu technokratisch, die historisch gewachsenen Strukturen missachtend, usw., bezeichnet. Adrian Schmid plädiert für die Beibehaltung des Kapitels in der Wahlplattform, unter Einbezug des Genfer Änderungsvorschlages. Ebenfalls ergänzend soll der Text der Grünen Partei Bern angefügt werden (Dies nach Klärung der zwei von der Grünen Freien Liste kritisierten Punkte durch die Delegierten). Andere Stimmen erwähnen, dass das Projekt ein falsches Gewicht enthält, wenn es Eingang in die Wahlplattform findet. Sie beteuern aber auch, dass eine Streichung nicht heisse, dass das Projekt nicht weiter verfolgt werden solle.

Les Verts genevois: Streichen dieses Kapitels. Falls diesem Antrag nicht zugestimmt wird, besteht der Antrag auf Streichung des folgenden Satzes:

«...die Einrichtung von noch mehr Konkordaten und kantonsübergreifenden Strukturen lehnen wir dagegen ab».

Les Verts, Ecologie et Liberté, NE: Kapitel streichen
Begründung: Warten, bis Arbeitsgruppe Resultate vorlegt.

Die Mehrheit der Delegierten spricht sich für eine Streichung des Kapitels aus.

Nach dieser Abstimmung stellt Luzius Theiler den Ordnungsantrag, der verlangt, dieses Thema nicht auf die Traktandenliste der DV in Baden zu nehmen. Dies sei verfrüht und schade dem Ansehen der Grünen vor den Wahlen. Auch solle in nächster Zeit kein konkretes Initiativprojekt ausgearbeitet werden. Über den Antrag von Luzius, der ausserhalb der Tagesordnung steht, wird nach kurzer Diskussion (Felix Wirz, Daniel Vischer, David Hiler) nicht abgestimmt.

Grüne Partei Bern: Kapitel vollständig streichen und ersetzen durch:

Für mehr Demokratie und gleichlange Spiesse vor Wahlen und Abstimmungen (neu)

Die Demokratie muss weiterentwickelt werden durch eine Erweiterung der Volksrechte (zu.a. Gesetzesinitiative, Finanzreferendum, Verfassungsgerichtsbarkeit),

durch schrittweise Einführung des Stimm- und Wahlrechtes für niedergelassene AusländerInnen und durch eine Verstärkung der gewählten Organe gegenüber Verwaltung und Interessenverbände.

Der Föderalismus muss bürgerInnennahe Entscheidungen und Verantwortungen sicherstellen durch Dezentralisierung von Kompetenzen und Entscheidungsstrukturen auf möglichst tiefen Ebenen. Neue Institutionen wie z.B. Quartierräte innerhalb von grossen Städten oder grenzüberschreitende Regionalräte, müssen die Lösung konkreter Probleme durch die direktbetroffene Bevölkerung ermöglichen.

Die mit immer grösserem PR-Aufwand in den letzten Jahren erfolgten Einflussnahmen des Bundesrates auf die Meinungsbildung im Vorfeld von Abstimmungen lehnen die Grünen ab. Der Bund sollte vielmehr eine möglichst gleichmässige Verbreitung der verschiedenen Meinungen vor Wahlen und Abstimmung gewährleisten und nötigenfalls mit finanziellen Beiträgen sicherstellen. Im Gegenzug sind die finanziellen Aufwendungen von privaten Organisationen vor Wahlen und Abstimmungen offenzulegen und zu begrenzen.

Die Grünen befürworten die Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen zur Ausübung der politischen Rechte (Stimmabgabe, Abgabe der Unterschrift für Initiativen und Referenden) über das Internet und andere geeignete neue Medien.

Grüne Freie Liste Bern: Nicht streichen, Text Theiler als zusätzliches Kapitel mit folgenden Ausnahmen:

- Verfassungsgerichtbarkeit (keine klare Erweiterung der Volksrechte)
- Letzer Abschnitt (Wiederholung zum folgenden Kapitel).

Eine komfortable Mehrheit der Delegierten spricht sich für ein grundsätzliches Eintreten auf das von der Grünen Partei Bern vorgeschlagene Kapitel aus.

Der Antrag der Grünen Freien Liste Bern wird von der Mehrheit der Delegierten angenommen (über die beiden umstrittenen Punkte wurde separat abgestimmt!)

In einer Schlussabstimmung wird der modifizierte Vorschlag der Grünen Partei Bern von einer Mehrheit der Delegierten angenommen.

Internet an der Schule und Mediatheken für alle statt informationelle Ausgrenzung

Keine Anträge.

Zusätzliche Kapitel

Les Verts vaudois: Anfügen eines Kapitels zur Wirtschaftspolitik

Der Antrag wird von einer Mehrheit der Delegierten angenommen.

Grüne Partei Bern: Für eine aktive, solidarische Friedenspolitik (neu)

«Als neutrales, keinem Militärbündnis verpflichtetes Land und mit ihren materiellen Ressourcen ist die Schweiz aufgerufen, sich viel stärker als heute friedenspolitisch zu engagieren. Die Grünen befürworten humanitäre Einsätze im Ausland und die Mithilfe bei friedenserhaltenden Interventionen im Rahmen der UNO oder OSZE.. Einen Beitritt zur NATO lehnen die Grünen ab.

Wir sind initiativ: Die Grünen unterstützen die friedenspolitischen Initiativen und die GsoA-Initiativen.»

Eine Mehrheit spricht sich grundsätzlich für das Einfügen eines zusätzlichen Kapitels zur Friedenspolitik aus.

Grüne Freie Liste Bern: Unterstützung des Antrags mit Ausnahme der letzten Aussage:

«~~und die GsoA-Initiativen~~».

Begründung: Die GsoA-Initiativen sollten an einer DV einmal ordentlich traktandiert und diskutiert werden.

Der Antrag der GFLB wird mit 23 zu 22 Stimmen angenommen.

Unterantrag Roland Ostermann, der verlangt, den Satz «Einen Beitritt zur NATO lehnen die Grünen ab» zu streichen, und zuerst eine seriöse interne Diskussion über die Position der Grünen zur NATO zu führen. Der Antrag von Roland Ostermann wird von einer deutlichen Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

In einer Schlussabstimmung wird der Text dieses neu in die Wahlplattform aufgenommenen Kapitels von einer Mehrheit der Delegierten angenommen.

Mit einer deutlichen Mehrheit bei 3 Enthaltungen wird die Wahlplattform 1999 von den Delegierten angenommen.

4. Grüne Position zu Arbeit und sozialer Sicherheit

Das Traktandum wird aus zeitlichen Gründen auf die nächste Delegiertenversammlung verschoben.

5. Abstimmungsparolen zu den Abstimmungen vom 13. Juni 1999

Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung

Roland Ostermann erläutert die Gesetzesvorlage, auf die das Schweizer Volk über 50 Jahre nach der Aufnahme des entsprechenden Artikels in die Verfassung warten musste. Die Mutterschaftsversicherung berücksichtigt sowohl erwerbs-, als auch nicht erwerbstätigen Mütter, wenn auch auf verschiedene Art und Weise. Sie entlastet die Betriebe und kann als ein Instrument der Sozialpolitik gesehen werden.

Die Vorlage wird mit grosser Mehrheit bei zwei Enthaltungen von den Delegierten angenommen.

Revision Asylgesetz und Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich

Ueli Leuenberger unterstreicht, dass es bei diesen Vorlagen nicht um abstrakte juristische Angelegenheiten gehe, sondern um Menschen. Menschen, denen wir verbieten, ihre Verwandten aus Flüchtlingslagern in Mazedonien und Albanien bei sich aufzunehmen. Menschen, die wir zurückweisen, weil sie keine Papiere auf sich tragen. Mit der Annahme der Vorlagen wird die politische Rechte, aber auch die Mafia (Schlepper, Fälscher von Papieren) gestärkt. Das neue Asylgesetz ist, so Leuenberger, ein Gesetz gegen das Asyl, gegen die Flüchtlinge. Die Asylgesetzgebung verweigert den Asylsuchenden das Recht, das die Bundesverfassung jedem Menschen garantiert.

Bei einer Enthaltung beschliesst die grosse Mehrheit der Delegierten die Nein-Parole zu den beiden Vorlagen.

Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin

Erica Hennequin erläutert, dass es Ziel der ärztlichen Verschreibung von Heroin sei, die Lebensbedingungen der Drogensüchtigen zu verbessern und ihre Reintegration in die Gesellschaft zu ermöglichen. 1994 wurden die ersten wissenschaftlichen Versuche mit 800 Personen gestartet, 1996-98 hat der Bundesrat die Verlängerung beschlossen, mit der Vorlage soll die Weiterführung bis Ende 2000 ermöglicht werden.

Mit zwei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen beschliesst die grosse Mehrheit der Delegierten die Ja-Parole zur Vorlage.

Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung

Gemäss Felix Wirz ist die Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung weder für die Betroffenen (es wird ihnen die Möglichkeit einer Teilunterstützung genommen) gut, noch bringt sie der IV Einsparungen: im Falle der Annahme der Vorlage wird vermehrt eine halbe Rente gefordert werden.

Aus diesen Grünen empfiehlt der Vorstand Ablehnung der Vorlage. Die Delegierten schliessen sich dem mit einer Enthaltung an.

6. Verschiedenes

Resolution zum Stopp des Kriegs auf dem Balkan (Antrag Grüne Kanton St. Gallen) und Gegenvorschlag der Genfer Grünen

In einer längeren Diskussion werden die beiden Resolutionen diskutiert. Der Genfer Vorschlag ist klarer und prägnanter, er verlangt aber zuerst von Milosevic, dann von der NATO das Einstellen der

kriegerischen Handlungen. Der St.Galler Antrag verlangt gleichzeitigen Stopp der kriegerischen Handlungen.

Der St. Galler Vorschlag wird schliesslich von einer Mehrheit der Delegierten mit zwei Modifikationen angenommen. (S. Beilage zum Protokoll, unterstrichene Textstellen sind neu dazugekommen).

Antrag der Genfer Grünen betreffend Fraktionsgemeinschaft der Tessiner Grünen mit der SVP im Kantonsparlament

Egon Schneeбели nimmt Stellung zu den in der Presse von Ruedi Baumann gemachten Vorwürfe und zur Resolution der Genfer Grünen, in dem sie diesen Schritt schärfstens verurteilen, die Tessiner einladen, ihre Entscheidung zu überdenken und dem Vorstand die Vollmacht erteilen, im Falle eines Verbleibs der Tessiner Grünen bei ihrer Entscheidung, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Egon Schneeбели betont, dass die Fraktionsgemeinschaft ein reines Zweckbündnis sei, das den Tessiner Grünen endlich auch erlaube, Einsitz zu nehmen in die Kommissionen. Beide Parteien würden weiterhin eine autonome Politik verfolgen.

Ruedi Baumann, aber auch die gesamte Geschäftsleitung sprechen sich gegen diese Allianz aus. Nicht jeder Zweck heilige die Mittel. Ruedi Baumann betont, dass er persönlich sich gegen einen Abschluss der Tessiner Grünen ausgesprochen habe.

Ruedi Baumann wird von einigen Delegierten kritisiert, kulturelle Unterschiede werden geltend gemacht, das Tessiner Gesetz, das nicht beliebige Fraktionsgemeinschaften zulässt, sondern nur solche zwischen KandidatInnen, die auf derselben Liste kandidiert haben oder dann eben rein technische Bündnisse, wie dies im vorliegenden Fall geschehen ist.

Andere machen geltend, dass es sich um ein Prinzip der Grünen handelt, das eine Allianz mit der extremen Rechten nicht gestattet. Es gehe darum, dieses Prinzip einzuhalten.

Eine deutliche Mehrheit der Delegierten lehnt die Resolution der Genfer Grünen ab.

Bern, 20. Mai 1999

Für das Protokoll: Gabriela Bader